

**Rede von Herrn Oberbürgermeister Jürgen Roters anlässlich des
60-jährigen Bestehens der Verbraucherzentrale Köln am 17. Juni
2015, 10 Uhr, Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen,
Frankenwerft 35**

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrter Herr Minister Rimmel,
sehr geehrter Herr Schuldzinski,
sehr geehrte Frau Bobbert,
meine sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für Ihre Einladung! Ich freue mich sehr, der Verbraucherberatungsstelle Köln zum 60-jährigen Bestehen gratulieren zu können.

Meine Damen und Herren,
Stress mit dem Reiseveranstalter, Fragen zur Altersvorsorge oder Ärger mit dem Telekommunikationsanbieter – viele Konsumenten wenden sich in diesen Fällen an die Verbraucherberatungsstellen.

Im August letzten Jahres konnte die Beratungsstelle in diesen schönen neuen Räumen im Kölner Stapelhaus ihre Tätigkeit fortsetzen. Der Umzug war dringend erforderlich, weil durch die steigende Nachfrage der Kölnerinnen und Kölner und neue Beratungsangebote die alten Räumlichkeiten zu klein geworden waren.

Am 14. Januar 1955 wurde in Köln die erste Verbraucherberatungsstelle in Nordrhein-Westfalen gegründet – mit zunächst ehrenamtlichen Kräften. Ab 1961 gab es dann eine Beratungsstelle in offiziellen Räumen mit einer fest angestellten Mitarbeiterin.

Wurden anfangs Hausfrauen moderne Haushaltsgeräte erklärt oder der Umgang mit dem Haushaltsgeld vermittelt, kam später die „Infothek“ mit einer Fülle von Ringordnern und vielfältigen Produktvergleichen hinzu. Heute erfordern immer

komplexer werdende Produkt- und Dienstleistungsangebote detailreiche Beratung, oftmals mit juristischer Fachkenntnis, sowie eine aussagekräftige, aktuelle Homepage.

Im Jahr 2014 verzeichnete die Beratungsstelle Köln

- fast 23.000 Anfragen von Ratsuchenden,
- über 1.500 Kontakte bei Veranstaltungen sowie
- über 53.000 Internetzugriffe auf die Startseite der Beratungsstelle.

Meine Damen und Herren,

die soziale Marktwirtschaft erfordert unverändert eine aktive Verbraucherpolitik der öffentlichen Hand. Neben ordnungspolitischen Schutzvorschriften ist hier insbesondere die Verbraucherinformationspolitik zu nennen, um so den Konsumentinnen und Konsumenten mehr Markttransparenz und Entscheidungskompetenz zu ermöglichen. Land und Kommunen bezuschussen aus guten Gründen die kommunalen Verbraucherberatungsstellen. Trotz der äußerst prekären Haushaltslage der Stadt Köln in den vergangenen Jahren hat der Rat die notwendigen Beschlüsse gefasst, um die Angebote der Verbraucherberatungsstelle zu sichern:

- Die Arbeit der Verbraucherberatungsstelle in den Tätigkeitsfeldern „Allgemeine Verbraucherberatung“ und „Schuldner- und Verbraucherinsolvenzberatung“ wurde durch den Finanzierungsvertrag 2015 bis 2019 gesichert, der Ende 2014 beschlossen wurde. Er fällt in das Tätigkeitsgebiet des Amtes für Soziales und Senioren. Betrug die Fördersumme 2011 noch 225.000 €, so liegt sie seit 2015 bei jährlich 290.000 €.
- Das städtische Umwelt- und Verbraucherschutzamt bezuschusst das Projekt „Energieberatungsstelle für Verbraucher/innen“ seit 2012. Der Vertrag 2015 bis 2019 wurde 2014 beschlossen.

Die Energieberatung ist Teilbaustein des Maßnahmenprogramms zum Klimaschutzkonzept der Stadt Köln und liegt mir sehr am Herzen. Private Haushalte

in Deutschland verursachen zum einen rund ein Drittel der energiebedingten CO₂-Emissionen; zum anderen sind unter anderem Energiekosten auch verantwortlich für das Steigen von Wohnkosten. Die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger sowie deren Beratung sind folglich immens wichtig.

Für klimabewusstes Handeln müssen wir mit Bildungsmaßnahmen nicht nur die Schülerinnen und Schüler sondern auch die Erwachsenen erreichen. Verhaltensänderungen in der Mobilität oder beim Energieverbrauch lassen sich nur erzielen, wenn wichtige Zielgruppen der erwachsenen Bevölkerung durch Beratungs- und Aufklärungskampagnen für mehr Klimaschutz gewonnen werden. Unterstützung bekommen wir hinsichtlich einer fundierten Energieberatung durch die Verbraucherzentrale. Diese wurde von der Stadt Köln beauftragt, Verbraucherinnen und Verbraucher und ihre Haushalte im Bereich der rationellen und sparsamen Energieverwendung sowie der Nutzung endlicher Energieträger umfassend zu informieren und zu beraten.

Ob mit Ausstellungen zu verschiedenen Themen oder bei städtischen Veranstaltungen – oftmals arbeiten Sie mit dem städtischen Umwelt- und Verbraucherschutzamt zusammen, meine Damen und Herren.

Der Erhalt und Schutz der Naturräume, Immissions- und Lärmschutz, Klimaschutz, alternative Mobilitätskonzepte, Energieeinsparungen sowie selbstverständlich der Verbraucherschutz: Das sind auch für die Stadt Köln wichtige Themen!

So ist Ziel der amtlichen Lebensmittelüberwachung, die Verbraucherinnen und Verbraucher vor Gesundheitsgefahren sowie der Irreführung und Täuschung durch Lebensmittel zu schützen. Lebensmittelkontrolleure und Tierärzte kontrollieren, ob alle rechtlichen Vorschriften im Verkehr mit Lebensmitteln, Kosmetika und Tabakerzeugnissen eingehalten werden.

Zwar liegt die Hauptverantwortung für die Sicherheit der verkauften Produkte bei den Herstellern und Händlern, Kontrollen durch die Behörden sind allerdings zwingend geboten.

Über die öffentlich-rechtlichen Gesetze hinaus benötigen wir jedoch weitergehende Beratungsangebote, die auch privatrechtlich über Verbraucherrechte informieren und

mehr Sicherheit für die Verbraucherinnen und Verbraucher garantieren. Mir ist bewusst, welche wichtige Funktion Sie als unabhängige und neutrale Verbraucherberatungsstelle hier in Köln erfüllen. Denn Verbrauchern und Konsumenten fällt es nicht immer leicht, sich auf dem globalisierten Markt zurechtzufinden. Hier tragen Sie in hohem Maße dazu bei, einen Überblick zu verschaffen, meine Damen und Herren.

Meine Damen und Herren,
lassen Sie mich zum Schluss einen Blick in die nahe Zukunft werfen.

Die Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen e. V. hat der Stadtverwaltung das Konzept „Verbraucherberatung im Quartier – Sozialraum orientierte Verbraucherberatung in Köln“ vorgelegt.

Die verstärkte und vor allem aufsuchende Verbraucherberatung insbesondere für einkommensschwache Bevölkerungsgruppen soll dazu beitragen, dass die Menschen besser mit ihren finanziellen Mitteln auskommen. Hierbei geht es zum Beispiel um den Umgang mit Handy-Verträgen, strittige und nicht-beglichene Rechnungen, Kredite oder Energieschulden.

Mich überzeugt dieser Ansatz! Ich habe aus diesem Grund die zuständigen Stellen in der Verwaltung mit der Umsetzung beauftragt.

Zurzeit befindet sich die Verwaltungsvorlage hierzu im politischen Beratungsprozess.

Meine Damen und Herren,
ich danke allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Beratungsstelle Köln und der Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen für ihr langjähriges Engagement. Ich wünsche Ihnen eine weiterhin so erfolgreiche Arbeit zum Nutzen der Verbraucherinnen und Verbraucher!